

STAR-JURIST Strafverteidiger Birkenstock ist tot

Der bekannte Kölner Strafverteidiger Dr. Reinhard Birkenstock ist tot. Wie der „Express“ erfuhr, verstarb der angesehene Jurist am Mittwochvormittag nach langer



Reinhard
Birkenstock

Krankheit im Alter von 73 Jahren im Krankenhaus. Birkenstock galt als ausgewiesener Experte des Strafrechts. Bundesweites Aufsehen erlangte er zuletzt als Verteidiger des damals wegen Vergewaltigung beschuldigten Wettermoderators Jörg Kachelmann. Für das Ehepaar Wolfgang und Helene Beltracchi, das für einen der größten Fälscher-Skandale in der Kunstwelt sorgte, erreichte Birkenstock vom Kölner Landgericht salomonische Urteile, sowie später die komplette Entschuldigung nach diversen Regressforderungen aus der Kunstwelt. (red)

NACHRICHTEN

UNGLÜCK

Kölner Arbeiter in Hessen getötet

Ein Mitarbeiter einer Kölner Wartungsfirma wurde bei einem Unfall am Mittwochmorgen im hessischen Allendorf getötet. Der 53-Jährige wurde durch Umstürzen der Schwerlastregale im Lager einer Firma für Bauzubehör tödlich verletzt. Die Ursache des Unglücks wird derzeit ermittelt. (red)

PARTEIAUSTRITT

Porzer Fraktionschef verlässt die Grünen

Der Porzer Bezirksvertreter Dieter Redlin tritt aus seiner Partei, Bündnis 90/Die Grünen, aus. Als Grund nennt Fraktionschef Redlin fehlende Unterstützung der Grünen-Ratsfraktion für Porzer Belange: „Die Ratsfraktion meiner ehemaligen Partei blamiert uns bis auf die Knochen vor der Porzer Bevölkerung.“ Redlin will aber als parteiloser Vorsitzender der Grünen in der Bezirksvertretung bleiben, das habe er mit Fraktionskollegin Regina Pischke abgesprochen. (af)

STAUMELDER



Aktuelle Sperrungen und Behinderungen auf den Kölner Straßen:

- ➔ **Die Cäcilienstraße** ist in Richtung Neumarkt zwischen Antongasse und Kronengasse eingeeengt.
- ➔ **Der Ehrenfeldgürtel** ist in beiden Richtungen abschnittsweise zwischen Eichendorffstraße und Merkenstraße eingeeengt.
- ➔ **Im Kreuzungsbereich Innere Kanalstraße** und Krefelder Straße kommt es zwischen 8.30 Uhr und 16 Uhr sowie zwischen 19.30 Uhr und 5 Uhr zu Fahrbahneinengungen und Sperrungen.
- ➔ **Der Maarweg** ist in Fahrtrichtung Aachener Straße zwischen Erkelenzstraße und Königsdorfer Straße eingeeengt.
- ➔ **Die Severinsbrücke** ist nachts zwischen 22 und 5 Uhr in Richtung Deutz verengt.

www.ksta.de/verkehr

RADIO KÖLN

... am Morgen von 6 bis 10 Uhr mit Christian vom Hofe und Judith Pamme: Wir stellen unser Radio Köln-WM-Orakel vor. Und soviel sei verraten: Es ist keine Krake!

Hauptberuf Flaschensammler

SOZIALPROJEKT Das Pfand auf das am Flughafen abgegebene Leergut finanziert vier Stellen

Das ist ein echter Mehrwert: Der ehemalige Langzeitarbeitslose Bernd Winterscheid (54) ist hauptberuflich Pfandsammler. So steht es als Positionsbeschreibung in seinem Arbeitsvertrag. Der gebürtige Porzer hat eine Festanstellung dank eines sozialen Projektes, das indirekt von Fluggästen am Airport Köln/Bonn finanziert wird. Sein Gehalt wird durch ihren Pfand bezahlt.

Diese Situation kennen alle Flugreisenden: Kurz vor dem Sicherheitsbereich im Flughafen stehen etwa ein Meter hohe Kunststofftonnen, in die Pfandflaschen geworfen werden können. Sind die Behälter voll, werden sie abgeholt und in der Sortierstelle geleert, dann je nach Wert verpackt. Die Säcke werden dann in Container geladen und zum Recyclingbetrieb „Der Grüne Punkt“, der auch in Porz sitzt, gebracht. Durch den Pfänderlös werden die Gehälter von Bernd Winterscheid und seinen drei Kollegen, die eben diese Arbeiten erledigen, gezahlt.

Weitere Pfandtonnen geplant

Durch das gemeinsame Projekt „Spende dein Pfand“ von Flughafen, Jobwerk Porz und Grüner Punkt sind seit dessen Einführung, im Mai 2015 insgesamt 188 025 Euro zusammengekommen. Also wurden seitdem 752 100 Pfandflaschen abgegeben. Das Jobwerk hofft, durch die Aufstellung von



Bernd Winterscheid (54) arbeitet am Flughafen Köln/Bonn als Pfandsortierer. Sein Gehalt wird durch das Pfand auf jene Flaschen, die Fluggäste am Sicherheitsbereich abgeben, generiert. Foto: Akyüz

Pfandtonnen bei weiteren Partnern neue Stellen zu schaffen.

Kein Pfand, kein Gehalt? „So ist es“, sagt Bernd Winterscheid, der erst mit einem Ein-Euro-Job angefangen hatte. Der „Porzer Jung“, wie er sich selbst nennt, hat nach der Schule keine Ausbildung gemacht, jobbte jahrelang als Lagerarbeiter und Subunternehmer. „Ich war drei Jahre arbeitslos. Als mir

diese Maßnahme vom Jobcenter angeboten worden war, war ich dankbar, endlich wieder aus dem Haus zu kommen“, erzählt er. Heute verdient er eigenen Angaben nach 1300 Euro netto pro Monat bei einer 33-Stunden-Arbeitswoche und ist „froh, nicht mehr auf das Amt angewiesen zu sein.“ Nach seinen Ausgaben bleibe ihm nicht viel mehr, als er durch Hartz

IV bekommen hatte. „Auch, wenn es anfangs schwer war, wieder früh aufzustehen, ist es gut, von der Straße weg zu sein. Das Geld reicht auch so“, sagt er. Und wenn er die Menschen sieht, die täglich in alle Welt reisen? Möchte er sich jetzt nicht auch einen Urlaub leisten. „Ich bin noch nie geflogen. Aber bis zur Rente habe ich ja noch Zeit.“ (red)

STATISTIK

Stadt verschiebt Fragebögen zum Wohnungsmarkt

10 000 Kölner Haushalte erhalten in diesen Tagen Post von der Stadt Köln. Im Rahmen eines bundesweiten Forschungsprojekts werden Menschen befragt, die im vergangenen Jahr nach Köln gezogen oder innerhalb der Stadt umgezogen sind. Man erhoffte sich, einen detaillierten Blick ins „Wohnungsmarktgeschehen“, so Hermann Breuer vom Amt für Stadtentwicklung und Statistik. Die Stadt erhofft sich Hinweise darauf, wie man den negativen Trends auf dem Wohnungsmarkt entgegenwirken kann.

Um auf das Wachstum der Bevölkerung zu reagieren, müssten in Köln jedes Jahr Tausende Wohnungen errichtet werden. Tatsächlich verfehlt die Stadt seit Jahren die selbstgesteckten Ziele deutlich. Das knapper werdende Wohnungsangebot führt zu Preissteigerungen und auch zu Verdrängung angestammter Bevölkerung. Genaue Daten zu diesen Entwicklungen zu sammeln, ist jedoch nicht einfach. Bekannt sind sie, wenn es um Neubauten geht. Doch deren Bezug macht nur ein Bruchteil der Umzugsbewegungen in Köln aus. So verzeichnet die Stadt jedes Jahr allein 75 000 bis 85 000 Umzüge innerhalb Kölns. Hinzu kommen die Zuzüge in die Stadt.

Die Haushalte, die nun angeschrieben werden, bekommen einen zweiseitigen Fragebogen, der schnell ausgefüllt ist. Die Fragen beziehen sich auf Angaben zu Wohnung, Kaltmiete und Eigentumsverhältnissen. Die Stadt hofft auf eine große Teilnahme, um viel Datenmaterial sammeln zu können. Es gehe darum, Schlüsse für eine bedarfsgerechte Wohnungspolitik ziehen zu können. An dem Projekt des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung beteiligen sich auch Bremen, Leipzig und Nürnberg. (fra)

Jörg Frank und Kirsten Jahn sollen weitere Ämter aufgeben

STADTWERKE-AFFÄRE Rund 80 Kölner Grüne, darunter viele Vertreter der Parteiprominenz, fordern Konsequenzen von der Fraktionsspitze

VON ANDREAS DAMM

Der in die Postenaffäre bei den Stadtwerken verwickelte Grünen-Politiker Jörg Frank gerät innerhalb seiner Partei stärker unter Druck. Annähernd 80 Mitglieder der Grünen fordern in einem gemeinsamen Antrag, dass Frank zusätzlich zu seinem Job als Fraktionsgeschäftsführer mehrere Mandate in den Aufsichtsräten städtischer Unternehmen niederlegen soll. Von der in den gescheiterten Postendeal eingeweihten Fraktionsvorsitzenden Kirsten Jahn erwarten die Antragsteller ebenfalls Konsequenzen: Sie soll sich aus dem Stadtwerke-Aufsichtsrat zurückziehen.

Es dürfte so gut wie sicher sein, dass die für den 23. Mai geplante Mitgliederversammlung dem Aufruf folgen wird. Zu den Unterzeichnern zählen nicht nur die Bundestagsabgeordnete Katharina Dröge und Sven Lehmann sowie die Landesparlamentarier Berivan Aymaz und Arndt Klocke. Die amtierenden Parteivorsitzenden Frank Jablonski und Katja Trompeter haben den Antrag ebenso unterschrieben wie Ex-Parteichef Stefan Peil, Ex-Fraktionschefin Barbara Moritz, Innenstadtbürgermeister Andreas Hupke und Stadtkämmerin Gabriele Klug. Hinzu kommen die beiden Ratsmitglieder Luisa Schwab und Ralph Unna.

Der von ihrer Ratsfraktion gebilligte Postenklüngel zugunsten des Sozialdemokraten Martin Borschel hat die Grünen schwer getroffen. „Wer hat was und wann gewusst? Haben alle Beteiligten die Wahrheit gesagt und keine wesentlichen Informationen verschwiegen? Wurde in unzulässiger Weise

Druck ausgeübt oder gar gedroht, um die gewünschte Personalkonstellation zu erzwingen?“ Diese Fragen müssten beantwortet werden, „wenn wir das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger wieder herstellen und Parteienverdrossenheit vermeiden wollen“, heißt es in dem Antrag.

Die Fraktion im Stadtrat müssen den „Weg der Erneuerung“ konsequent fortsetzen. Das erfordere unter anderem, „Ämterhäufungen sowie Machtkonzentrationen in Aufsichtsräten und Ratsausschüssen wie beim derzeitigen Fraktionsgeschäftsführer ab sofort zu beseitigen und nicht mehr zu ermöglichen“.

Frank, der seit 1989 im Stadtrat sitzt, hat sich zum Multifunktionär der Grünen entwickelt. Sein Mandat im Stadtwerke-Aufsichtsrat hat er wegen der Affäre niedergelegt, seinen Geschäftsführerposten wird er im Herbst aufgeben. Seine Mandate in den Kontrollgremien fünf weiterer städtischer Firmen will er dagegen behalten. Das gleiche gilt für seine hervorgehobene Position in vier Fachausschüssen des Rates. Selbst wenn der Mehrheit der Grünen eine derartige Machtfülle zu weit geht – die Entscheidung, wer welche Ämter bekleidet, hat am Ende die Fraktion zu treffen, nicht aber die Partei.

Kritik an den Kritikern

Nach der Kritik der Gewerkschaft Verdi an der geplanten Wahl von OB Henriette Reker zur Chefin des Stadtwerke-Aufsichtsrates haben Vertreter der CDU, der Grünen und der FDP ihren Ratsbeschluss bekräftigt. „Solch ein Beschluss ist das gute Recht der Anteilseigner“, sagte CDU-Fraktionsgeschäftsführer Niklas Kienitz. Die Wahl Rekers biete die Chance, „dass der für die Daseinsvorsorge der Stadt wichtigste Konzern eben nicht zum Spielball parteipolitischer Auseinandersetzungen wird“, so die Fraktionschefin der Grünen, Kirsten Jahn. FDP-Fraktionsgeschäftsführer Ulrich Breite: „Eine solche Willensbekundung des Rates ist mehr wert als jeder parteipolitische Deal. Wer geheime Runden öffentlichen Ratsbeschlüssen vorzieht, hat aus dem Stadtwerke-Skandal nichts gelernt.“ (adm)



Jörg Frank, noch Geschäftsführer der grünen Ratsfraktion



Katharina Dröge, Bundestagsabgeordnete der Grünen

Haftstrafe für Betrug mit Spesen

PROZESS Sekretärin kassierte mit fingierten Restauranttreffen rund eine Million Euro

VON CLEMENS SCHMINKE

„Sie haben Ihre berufliche Stellung ausgenutzt und in einem Zeitraum von mehreren Jahren einen ganz erheblichen Schaden angerichtet“, sagte am Mittwoch Amtsrichter Rolf Krebber, nachdem er eine ehemalige Sekretärin des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt (DLR) zu zwei Jahren Haft auf Bewährung verurteilt hatte. Mit dem Schaden waren rund 835 000 Euro gemeint, die die 65-jährige Frau mit fingierten Spesenabrechnungen erbeutet hatte; zusammen mit verjährten Einzelfällen summiert sich der Betrag auf über eine Million Euro.

1987 war die gelernte Zahnartzthelferin als Urlaubsvertretung zum DLR gekommen und begann dort, als Sekretärin zu arbeiten. Einige Jahre später wurde sie mit einer Aufgabe betraut, die, ohne dass es damals abzusehen war, den Weg zum Betrug ebnete: Sie organisierte Abendessen mit Wissenschaftlern, die zu Tagungen des DLR nach Köln kamen. Sie wählte ein Restaurant aus, sah sich die Speisekarte an, schätzte die Kosten, anschließend beantragte sie in der Finanzbuchhaltung mit einer Zahlungsanordnung samt beigelegter Gästeliste einen Vorschuss, um die Rechnung für Speis und Trank schnell zu begleichen. Das Geld bekam die Sekretärin anfangs in bar ausbezahlt, später auf ihr Konto überwiesen.

Keine Gehaltserhöhung

Zweierlei kam zusammen, was sie auf die Idee brachte, das eingespielte Verfahren für ihre Zwecke zu nutzen. Ihr machten Geldprobleme zu schaffen, außerdem war sie war enttäuscht darüber, dass aus der erhofften Einstufung in eine höhere Gehaltsgruppe nichts wurde. So kam sie auf die Idee, sich auf Kosten des Arbeitgebers zu bereichern; und weil es wie geschmiert lief, machte sie immer weiter: Sie erfand Veranstaltungen mit Restaurantbewertungen, stellte Listen mit Namen früherer Gäste zusammen, füllte Antragsformulare aus, fälschte Unterschriften und rechnete in der Finanzbuchhaltung ab, ohne dass jemand die Richtigkeit der Angaben überprüfte. „Ich hatte am Anfang nicht vor, das so lange zu machen“, sagte die Angeklagte, „doch dann ist es aus dem Ruder gelaufen.“ Und: „Man gewöhnt sich irgendwann an einen gewissen Lebensstandard“. Dazu gehörten regelmäßige Besuche in guten Restaurants und jährlich einige Urlaubsreisen. „Es war kein luxuriöses, aber ein gutbürgerliches Leben“, sagte ihr Verteidiger Frank Langen. Als einen Strafmilderungsgrund führte Krebber an, der Arbeitgeber habe es ihr denkbar „leicht gemacht“. Selbst in der passiven Phase der Altersteilzeit konnte sie, weiterhin ausgestattet mit DLR-Ausweis und Personalnummer, den Betrug fortsetzen.

Das DLR hat gegen die 65-jährige, die sich früh geständig gezeigt und einen Teil des Schaden bereits wiedergutmacht hat, zwei Rechtstitel erwirkt, die die Rückzahlung gewährleisten. Als Bewährungsaufgabe muss die Frau 200 Sozialstunden ableisten. In ihrem Schlusswort hatte sie gesagt, sie entschuldige sich „herzlich“ bei all denen, „deren Vertrauen ich missbraucht habe“.